

WAS DIE FRANZOSEN UMTREIBT

Von William Pfaff

Die Demonstrationen der französischen Studenten, Arbeiter und Arbeitsuchenden, mit Gewerkschaften und Linksgruppen in ihrem Gefolge, haben sich zu einer spontanen Revolte ausgewachsen. Ich vermute, nur wenige der Teilnehmer sind sich der eigentlichen Stoßrichtung dieser Revolte voll bewusst.

Oberflächlich gesehen, sollten die Aktionen die Rücknahme einer vergleichsweise geringfügigen Neuerung in der Beschäftigungspolitik der Regierung erzwingen, doch wuchs ihnen eine viel tiefer reichende Bedeutung zu.

Die Proteste stellen nämlich eine bestimmte Form des Kapitalismus in Frage, die ein großer Teil, wenn nicht die Mehrheit, der französischen Gesellschaft als bedrohlich ansieht – als eine Gefahr für Frankreichs Gerechtigkeitsmaßstäbe, besonders aber für die „Gleichheit“. Mit seinem radikalen Verständnis dieses Begriffs steht Frankreich, wenn es Gleichheit als nationale Aufgabe proklamiert, zwar fast allein da, aber *égalité* ist nun einmal der Zentralwert im Motto der Französischen Republik: „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“.

Premierminister Dominique de Villepin hatte zweifellos keine Ahnung, was er lostrat. Seiner Meinung nach handelte es sich um eine kleine, aber konstruktive Beschäftigungsinitiative, die darauf abzielte, strukturelle Hemmnisse für die Schaffung neuer Arbeitsplätze zu lockern.

Doch unbeabsichtigt warf er damit eine Frage auf, die viele Franzosen als die Zentralfrage der Zukunft ihres Landes betrachten, genau wie vor Jahres-

frist das Referendum zur EU-Verfassung beunruhigende Fragen hinsichtlich des Charakters der Europäischen Union und der Art von Kapitalismus, die in Europa künftig den Ton angeben wird, für sie aufwarf.

Die Franzosen stehen mit ihrer Sorge durchaus nicht allein. Eine vergleichbare Debatte über unterschiedliche „Modelle“ des Kapitalismus gibt es im benachbarten Deutschland, das gegenwärtig heftige Arbeitskämpfe erlebt, schon seit geraumer Zeit, aber auch in der Europäischen Kommission selbst, die seit der EU-Erweiterung auf 25 Mitglieder vom traditionellen europäischen Sozialmodell abdriftet. Selbst Großbritannien erlebte Ende März, zum Thema Altersrenten, den größten Streik seit den 20er Jahren.

Die Franzosen waren natürlich seit jeher gegen den *capitalisme sauvage*. Schon im 19. Jahrhundert, als diese Bestie durch die „Satanmühlen“ des britischen Manchester-Kapitalismus geisterte, um dann zum Sprung über den Atlantik anzusetzen.

Eine internationale Meinungsumfrage über das System der Markt- und Unternehmerfreiheit ergab jüngst, das 74 Prozent der Chinesen es für das beste aller Systeme halten (!), verglichen mit lediglich 36 Prozent in Frankreich. (Die Deutschen lagen ziemlich nah bei den Franzosen.)

Die Frage, um die es wirklich geht, heißt: Von welcher Art Kapitalismus sprechen wir eigentlich? Denn zwischen den 1970er Jahren und heute hat man das führende Kapitalismusmodell (das amerikanische) zwei grundlegenden Veränderungen unterzogen.

Die erste besteht darin, dass die „Stakeholder“-Gesellschaft, die im Gefolge des New Deal (in Amerika) reformierte Version des Kapitalismus, die während der ersten Jahrzehnte nach dem Zweiten Weltkrieg im Westen vorherrschte, durch ein neues Modell ersetzt wurde – eine neue Sichtweise davon, welchen Zweck Unternehmen haben und wem sie verantwortlich sind.

Das frühere Modell ging davon aus, dass Unternehmen eine Verpflichtung haben, das Wohlergehen ihrer Beschäftigten zu gewährleisten, und Verantwortung gegenüber der Allgemeinheit (die zwar hauptsächlich, aber nicht ausschließlich durch die Zahlung von Unternehmenssteuern zu erfüllen sind).

Dieses Modell ist durch ein anderes ersetzt worden, in dem die Verantwortung der Manager darin besteht, kurzfristig *value* für die Eigentümer zu schaffen. Erfolgsmaßstab sind jetzt primär Aktienwert und Dividenden.

In der Praxis bedeutete das permanente Druck, die Löhne und sonstige Leistungen für die Beschäftigten zu senken (was in einigen Fällen zur Plünderung der Rentenkassen und anderen kriminellen Machenschaften führte). Gleichzeitig wurden Politik wie Öffentlichkeit dahin bearbeitet, dass die steuerliche Beteiligung der Unternehmen an der Finanzierung der öffentlichen Haushalte und der Gemeinschaftsaufgaben reduziert werden müsse.

Auf eine kurze Formel gebracht, ist das System in den fortgeschrittenen Ländern seit den 60er Jahren so umgemodelt worden, dass es den Arbeitern und den öffentlichen Haushalten Reichtum entzieht, um ihn Aktionären und Firmenmanagern zuzuführen.

Was ich da sage, mag aufrührerisch klingen und Anstoß erregen, ich halte es jedoch für eine schlichte Tatsachensfeststellung. Die Kritik an den Europäern, die heute „Reform“-Resistenz demonstrieren, läuft darauf hinaus, dass sie die Manager daran hindern, im

großen Stil Arbeitsplätze abzubauen und auszulagern, um den „Wert“ ihrer Unternehmen zu steigern.

Ich habe dergleichen einmal als „CEO-Capitalism“ bezeichnet, weil die CEOs, die Unternehmensmanager, heutzutage de facto ihre Kontrolleure, die Aufsichtsräte, kontrollieren und zugleich die größten Vorteile aus dem System ziehen können.

Die zweite Veränderung, auf die ich hinweise, besteht in der Globalisierung. Ihre folgenschwerste Auswirkung auf die Gesellschaften der fortgeschrittenen Länder liegt darin, dass sie deren Arbeitskräfte in Lohnkonkurrenz mit den ärmsten Ländern der Erde stürzt.

Ich weiß, dass es sich hier um ein äußerst vielschichtiges Thema handelt, und beschränke mich deshalb an dieser Stelle darauf, einen Klassiker der Wirtschaftswissenschaft, David Ricardo, zu zitieren. Sein „ehernes Lohngesetz“ besagt, dass Löhne, wenn sie uneingeschränkter Konkurrenz ausgesetzt sind und ein unbegrenztes Arbeitskräfteangebot existiert, auf ein Niveau knapp über dem Existenzminimum fallen. Unbegrenzte Arbeitskräftezufuhr gab es in der Vergangenheit noch nie. Heute jedoch gibt es sie – dank Globalisierung. Und dieser Prozess hat gerade erst richtig begonnen.

Mir scheint, die gegenwärtige Unruhe in Europa ist ein Signal: Sie offenbart eine schwerwiegende Verständnislücke in Politik und Wirtschaft hinsichtlich der menschlichen Konsequenzen eines Kapitalismusmodells, das Arbeit lediglich als Ware betrachtet und den Preiskampf um diese Ware auf den gesamten Globus ausweitet. Auf längere Sicht könnte dies politisch ernstere Folgen haben, als selbst Frankreichs politisierte Studenten heute ahnen. Es lässt sich nicht ausschließen, dass die als rückwärts gewandt, gar maschinenstürmerisch erscheinende Position sich als die weiterblickende erweist.

(c) 2006 Tribune Media Services, Inc.